

**Der Grosse Rat      Le Grand Conseil  
des Kantons Bern    du canton de Berne**

Dienstag (Vormittag), 13. September 2022 / Mardi matin, 13 septembre 2022

**Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion /  
Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration**

**53      2022.RRGR.187      Postulat 093-2022 Knutti (Weissenburg, SVP)  
Grosse Verunsicherung unter der aktuellen Führung beim Personal des Inselspitals Bern**

**53      2022.RRGR.187      Postulat 093-2022 Knutti (Weissenburg, UDC)  
Insécurité généralisée au sein du personnel de l'Hôpital de l'Île sous la direction actuelle**

**Präsident.** Ich begrüsse Pierre Alain Schnegg mit seinen Mitarbeitern. Wir fahren weiter mit den Geschäften bei Traktandum 53. Der Regierungsrat empfiehlt die Ablehnung dieses Postulats. Wir führen eine freie Diskussion.

**Thomas Knutti, Weissenburg (SVP),** Postulant. Bis jetzt wurde ich jeweils immer von Schafbauern kontaktiert, seit Neuestem nun auch von Ärzten. Das ist ganz ein neuer Bereich, mit dem ich da in Berührung gekommen bin.

Ich wurde vor ungefähr einem Jahr von rund 15 zum Teil praktizierenden, zum Teil nicht mehr praktizierenden Ärzten des Inselspitals kontaktiert. Geschätzte Damen und Herren, ich habe mir gesagt: Dieses Thema – dieses Thema ist zu heikel, um einen Vorstoss zu machen. Aber man könnte ja einmal das Gespräch mit dem Verwaltungsratspräsidenten (VRP) suchen, mit Regierungsrat Pulver. Dieses fand auch statt, während einer Session, hier im Rathaus, und Herr Pulver versprach mir, dass er diese Problematik einmal anschauen und abklären werde. Die Ärzte, die mich kontaktiert hatten, suchten übrigens ebenfalls das Gespräch mit Regierungsrat oder VRP Pulver, und dieses war eigentlich erfolglos. Das, was jetzt in der Antwort zum Postulat steht, ist eigentlich das, was mir Herr Pulver schon damals sagte.

Die Insel-Gruppe hat rund 12'000 Mitarbeiter, die Bilanzsumme beträgt 2 Mrd. Franken. Die Insel-Gruppe ist über einen Staatsvertrag mit dem Kanton Bern verbunden. Der Kanton Bern hat eine sogenannte Aufsichtsfunktion. Der Regierungsrat wählt das Präsidium und den Verwaltungsrat (VR). Das Inselspital ist einer der grössten Arbeitgeber und konnte seine Position in den letzten zwanzig Jahren kontinuierlich steigern.

Aber wo liegt nun das Problem: Moniert wird ja in der Antwort des Regierungsrates das Kadervergütungssystem, das Honorarsystem, welches von manchen Ärzten nicht akzeptiert werde. Ich sage immer: Wo irgendwie Rauch ist, ist wahrscheinlich auch Feuer. Geschätzte Damen und Herren, in letzter Zeit haben rund 14 Professoren das Inselspital verlassen. Es gibt eine Liste von Ärzten, die nur noch mit Rechtsanwälten mit der Insel verhandeln.

Aber ich habe nicht das Gefühl – ich habe nicht das Gefühl, dass es der Lohn des CEO ist, dass es diese 670'000 Franken sind, die das Problem sind oder irgendjemanden stören. Nein, ich habe das Gefühl: Es ist die Kultur. Es ist die Kultur, weil man nicht mehr miteinander spricht, weil man nicht mehr auf Augenhöhe aufeinander eingeht und nur noch diktiert. Es gab im Inselspital Poolgelder, es gab einen Fonds von wissenschaftlichen Geldern, und diese wurden gestrichen, sie stehen nicht mehr zur Verfügung. Und ich glaube, solche Dinge werden bemängelt. Es wird vor allem bemängelt, dass man nicht auf Augenhöhe darüber diskutieren kann.

Die Hälfte der Intensivpflegestation (IPS) ist momentan geschlossen. Ganze Stockwerke der Insel wurden geschlossen. Es hat in der Insel 30 Ernährungsberaterinnen. Innerhalb eines Jahres haben 17 Personen gekündigt. Man kann sagen – ja, klar, man kann sagen: Es sind einige frustriert, das kann es geben, das gibt es in jedem Betrieb. Dies streite ich nicht einmal ab. Es zeichnet sich bei der Insel ein Defizit von 25 Mio. Franken ab. Klar, jetzt kann man sagen: Corona, man hat Proble-

me. Das kann man alles sagen. Die Privatkliniken freuen sich natürlich über gewisse Abgänge, die bei der Insel stattfinden.

Ich möchte Ihnen noch verschiedene Lösungsvorschläge machen. Ich weiss, dass ich hier sang- und klanglos untergehen werde, das ist mir alles völlig klar. *(Der Präsident unterbricht mit dem Hinweis, dass die Simultandolmetschung nicht funktioniert. Der Sprecher wiederholt mehrmals denselben Satz, bis der Präsident feststellt, dass die Simultandolmetschung wieder funktioniert. / Le président intervient pour signaler que l'interprétation simultanée ne fonctionne pas. L'oratrice répète plusieurs fois la même phrase jusqu'à ce que le président constate que l'interprétation simultanée fonctionne de nouveau.)*

Ja, ich darf mich nicht drausbringen lassen. *(Heiterkeit / Hilarité)* – Ich weiss, dass ich hier sang- und klanglos untergehen werde. Ich möchte einfach folgende Lösungsansätze zu diesem Postulat ins Spiel bringen: Warum könnte man nicht einmal bei den Mitarbeitern eine externe Umfrage machen? Wenn alles so gut ist, wie gesagt wird, ist dies ja kein Problem. Warum könnte man nicht einmal eine Delegation dieser unzufriedenen Leute z. B. in die GSoK einladen? Oder vielleicht wäre es ja auch einmal ein Thema für eine GPK, die dies beurteilen könnte.

Sie müssen jetzt selbst entscheiden, ob Sie hinschauen oder ob Sie wegschauen wollen. Der Alt-Nationalrat Amstutz hat jeweils gesagt, wir seien nicht gewählt, um es «gäbig» zu haben in Bern. Und das müssen Sie sich jetzt überlegen, ob Sie es «gäbig» haben oder nicht «gäbig» haben wollen. Und in diesem Sinne bitte ich Sie ... *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.)* Ich bin gerade fertig, es passt auf die Sekunde.

**Sibyl Eigenmann, Bern (Die Mitte)**, Fraktionssprecherin. Ja, das vorliegende Postulat könnte man, wie der Vorredner gesagt hat, sang- und klanglos abschreiben, ablehnen und schnell abhandeln. Dass es in einem Betrieb mit über 10'000 Mitarbeitenden auch Unzufriedene gibt, die mal das Handtuch werfen, oder dass Kündigungen ausgesprochen werden, gehört wohl zu einer gewissen Normalität. Deshalb gleich ein Postulat einzureichen, in dem von Grounding die Rede ist, von diktatorischen Zuständen, ist gemäss der Meinung der Mitte-Fraktion nicht der gangbare Weg.

Allerdings ist es durchaus Aufgabe von uns, von uns Politikern, von uns aus der Politik, genau hinzuschauen, z. B. beim Austausch auf höchster Ebene zwischen Regierungsrat und Spitalleitung, der ja regelmässig stattfindet. Oder eben auf unserem Niveau: Heute Mittag treffen sich z. B. die GSoK-Mitglieder mit dem VRP der Insel; ein sehr gutes Timing also. Das ist eine seriöse Art und Weise, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen, dort die richtigen Fragen zu stellen, nachzufragen und Antworten einzufordern.

Personalien hier im Rat zu diskutieren, sollte, wenn überhaupt, das allerletzte Mittel sein. Wenn schon, soll sich die GPK, wie mein Vorredner auch schon gesagt hat – und hier schaue ich die Präsidentin der GPK an, die jetzt leider gerade nach draussen gegangen ist –, dieser Thematik annehmen und diese Thematik stufengerecht analysieren; z. B. die Frage, welche Rolle die Ordinarien in dieser Insel-Gruppe AG haben. Ich erinnere diesbezüglich auch an den Fall Urwyler. Er ist sicher noch sehr präsent in den Köpfen von uns allen. Ganz im Sinne der Redewendung und im Sinne meines Vorredners, einmal mehr: Wo Rauch ist, ist meistens auch Feuer.

Wir, die Mitte-Fraktion, lehnen deshalb das Postulat ab, weisen aber nochmals darauf hin, dass die Leitung sowie die Personalplanung der Insel-Gruppe AG durchaus auf den Tisch der GPK kommen darf. Dies kann auch im Sinne beider Seiten sein.

**Christoph Patrick Zimmerli, Bern (FDP)**, Fraktionssprecher. Das Spitalwesen steht bekanntlich seit längerer Zeit unter starkem Druck, und zwar aus ganz verschiedenen Gründen, seien dies die steigenden Kosten aufgrund der Teuerung, seien es die höheren Lohnkosten im Zusammenhang mit Begehrlichkeiten, die wir politisch diskutieren, seien es Zusatzkosten aufgrund von ständig steigenden staatlichen Auflagen, seien es die Energiekostenexplosion oder aber die Nachwirkungen von Covid. Die Insel-Gruppe selbst steht seit mehreren Jahren in einer Transformation, in einem Change-Management. Und dies – das wissen wir wohl alle, die schon damit zu tun hatten – stellt sehr hohe Anforderungen an die Führung.

Bei einer Belegschaft von rund 12'000 Leuten, einem der grössten privaten Arbeitgeber überhaupt hier herum, ist es denn auch nicht verwunderlich, wenn nicht alle 12'000 mit den Massnahmen, die die Führung ergreifen muss, einverstanden sind. Und wenn wir dann noch wissen, dass sich dabei gewisse Königreiche in dieser Insel angegriffen fühlen, dann muss es einen noch weniger wundern. Und wenn wir dann noch wissen, dass das Kadervergütungsmodell auf eine Art und Weise geändert wurde, dass gewisse Begehrlichkeiten etwas zurückgeschraubt wurden, muss es einen auch nicht erstaunen, wenn der eine oder andere einen anderen Ausweg sucht und sich nicht an den CEO wendet, sondern vielleicht an einen politischen Exponenten.

Dieser Vorstoss hilft nun aber nicht, diese Probleme der Insel – oder auch anderer Spitäler, wo es ganz ähnliche Situationen gibt –, zu lösen. Vielmehr hören wir ein Potpourri von verschiedenen Vorwürfen, die wir ja in diesem Gremium hier nicht besprechen können, und zwar aus folgenden Gründen: Die Insel-Gruppe AG ist eine private Aktiengesellschaft. Der Regierungsrat hat zwar das Recht, den VR zu wählen, auf die operative Führung hat aber weder der Regierungsrat noch gar der Grosse Rat irgendeinen Einfluss. Es ist also Sache des VR, die Geschäftsleitung zu bestellen. Und falls der VR zum Schluss kommt, dass er nicht einverstanden ist mit dieser Geschäftsleitung, kann er entsprechende Änderungen vornehmen. Aber das ist nicht eine Frage des Grossen Rates. Wir haben also in diesem Bereich gar keine Kompetenz, und deshalb ist es einigermaßen müssig, auf operative Fragen eines privaten Arbeitgebers einzugehen. Schon nur deshalb lehnt die FDP-Fraktion diesen Vorstoss ab.

Und dann gibt es noch ein zweites Moment, zu dem wir sagen, weshalb wir nicht einverstanden sind mit einem solchen Vorstoss: Dies ist nämlich die Frage des Politstils. Uns scheint es nicht adäquat – nach den positiven Erfahrungen, die wir seit Jahren hier in diesem Saal machen –, dass man jetzt auf die Person spielt, dass man jetzt einzelne Kaderleute persönlich angreift, auch wenn sie nicht namentlich, sondern nur mit der Funktion genannt werden. Dies ist nicht der Stil, den wir gerne pflegen möchten. Es hilft auch nicht, diese Probleme, die es durchaus gibt, zu lösen. Und deshalb lehnt die FDP-Fraktion diesen Vorstoss einstimmig ab.

**Monika Schmidiger, Lyss (GLP)**, Fraktionssprecherin. Ich spreche im Namen der Fraktion. Es ist die Aufgabe des Parlaments, die Oberaufsicht über die Verwaltung und die Regierung wahrzunehmen. Wenn es um Vorkommnisse in der Vergangenheit geht, hat das Parlament dafür eine GPK. Kommt uns etwas zu Ohren, bei dem wir vermuten, dass es entweder systematisch falsch läuft oder auch sonst falsch läuft und wir befürchten, dass der Schaden grösser wird, dann ist es die Pflicht des Parlaments und der Regierung, hinzuschauen und entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Wir wünschen uns, dass all dies in einem entsprechenden Ton gemacht wird.

Die GLP ist der Meinung, dass der Ton bei diesem Vorstoss nicht stimmt. Sie ist aber gleichzeitig auch der Meinung, dass es sich die Regierung nun hier schon gerade etwas einfach macht. Es gab zu viel Aufruhr, als dass man es einfach kleinreden könnte. Dies sollten wir nicht tun. Wir wissen durch Rückmeldungen, dass ein Feuer im Dach der Insel *ist*. Die Verunsicherung geht hinunter bis zur Pflege, dies merken auch die Patienten, und es ist mir auch persönlich zu Ohren gekommen.

In der Gesundheitsstrategie hat die Regierung unter anderem folgende Stärken formuliert: «Als Universitäts- und Medizinalstandort ist der Kanton Bern attraktiv für nationale und internationale Fachkräfte und hat eine starke Ausstrahlung». Wenn der Kanton Bern diese Stärke wahren will, dann macht die Regierung etwas Gutes, wenn sie gut hinschaut und die Rückmeldung aus allen Hierarchiestufen des Inselspitals ernst nimmt. Sonst wird die heutige Stärke zu einem Risiko.

Die Fraktion der GLP wird der Motion so, wie sie geschrieben ist, nicht zustimmen. Aus den genannten Gründen werden sich aber etliche der Stimme enthalten und können sich auch vorstellen, einem sachlich formulierten Vorstoss zuzustimmen.

**Hasim Sancar, Bern (Grüne)**, Fraktionssprecher. Es ist unbestritten, dass das Inselspital und die Insel-Gruppe für die Spitalversorgung im Kanton Bern für unsere Gesundheitsversorgung systemrelevant sind. Das Postulat verlangt vom Regierungsrat eine Überprüfung, ob die Führung des Inselspitals wegen aktueller Unzufriedenheiten in den richtigen Händen liege, weil einige Chefärztinnen und -ärzte ihre Stelle verlassen haben.

Der Regierungsrat informiert in seiner Antwort transparent und klar über die neue Entwicklung im Inselspital, die eine gewisse Unzufriedenheit auf Seiten des Kaderpersonals wegen des neu eingeführten Kadervergütungsmodells bestätigt. Damit wird das mengenabhängige Kadervergütungsmodell durch ein Fixlohnsystem ersetzt, was einem Wunsch des Grossen Rates entspricht. Das Inselspital hat zudem eine Art erweitertes Führungsorgan auf Direktionsebene eingeführt sowie die Compliance, die Governance der Unternehmung und die Führungsgrundsätze mit dem neuen Code of Conduct gestärkt. Interessenverstrickungen, die früher möglich waren, sind heute nicht mehr akzeptiert.

Die Insel-Gruppe hat 11'000 Mitarbeitende. Es ist mit Bedauern festzustellen, dass wegen des obenerwähnten Change-Prozesses und des Baus neuer Infrastrukturen eine gewisse Unzufriedenheit entstehen kann, und es stellt sich die Frage, ob unter diesen Umständen und dem enormen Druck alles perfekt gemacht werden kann. Es ist noch darauf hinzuweisen, dass wegen des Datenschutzes und des Rechts auf Persönlichkeitsschutz nicht im Detail über einzelne Personalgeschäfte gesprochen werden darf.

Es gibt aber auch eine andere Realität, diejenige des Personals ausserhalb des Kaders, das offenbar teilweise ebenfalls Unzufriedenheit äussert. Dies hat einerseits sicher mit den vielen soeben erwähnten Projekten zu tun. Gleichzeitig sind aber auch Dauerbelastungen und Erschöpfung des Personals wegen der Pandemie der Fall. Mit der Pflegeinitiative wollte man und frau diesen Umständen entgegenwirken. Sie wurde angenommen, dennoch scheint ihre Umsetzung noch nicht weit genug zu sein. Ihre Forderungen sind leider noch weit weg von der Erfüllung.

Universitätsspitäler stehen im gegenwärtigen System der Gesundheitspolitik unter enormem finanziellem Druck. Wir waren alle froh zu wissen, dass unser Universitätsspital die Hauptlast bei der Bewältigung der Pandemie trägt. Dass diese Last finanzielle Lücken hinterlässt, ist wohl allen klar. Dennoch: Entschädigt wird das Universitätsspital aber nicht. Im Gegenteil: Der finanzielle Druck wird vonseiten der Krankenkassen sogar verstärkt, weil sie die Entschädigung eher reduzieren möchten, obwohl die Tarife in den letzten Jahren eher gesunken sind. Die Erwartungen an das Universitätsspital sind also selbstverständlich und hoch, aber die Entschädigung ist mager.

Das Universitätsspital schlägt eigentlich Alarm, weil neben allgemein magerer Finanzierung noch Strompreise, Baukosten und Zinsen steigen und Mehrkosten verursachen. Die Krankenkassen fordern zudem sinkende Tarife. Dies verschlechtert die Anstellungsbedingungen des Personals zusätzlich, und die Massnahmen für ein gerechtes Lohnsystem werden auf die lange Bank geschoben. Nun, der Vorstoss verlangt keine Massnahmen für die rasche Umsetzung der Pflegeinitiative, sondern möchte sich für die verlorenen Privilegien einzelner Kaderleute einsetzen.

Die grüne Fraktion findet die Antwort des Regierungsrates gut und klärend. Wir, die grüne Fraktion, lehnen die Überprüfung ab. *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.)* Und damit schliesse ich auch ab.

**Andreas Michel, Schattenhalb (SVP)**, Fraktionssprecher. Die Mitarbeitenden und ihre Zufriedenheit mit der Arbeitssituation sind von entscheidender Bedeutung für den Erfolg eines Unternehmens. Dies gilt ausgesprochen dann, wenn grössere Veränderungen stattfinden, so wie es jetzt in der Insel-Gruppe der Fall ist.

Bei Veränderungen, bei denen die persönliche Arbeits- und Einkommenssituation von Mitarbeitenden oder mitarbeitenden Gruppen stark betroffen sind, ohne dass sie diese Entscheide beeinflussen konnten, gibt es natürlich immer solche, die unzufrieden sind. Diese Unzufriedenheit allerdings scheint, wie der Postulant ermittelt hat, sehr verbreitet zu sein. Zudem haben die Antworten, die der Postulant von den Verantwortlichen der Insel-Gruppe erhalten hat, den Unzufriedenen und ihm nicht genügt. Deshalb behandeln wir jetzt einen Vorstoss, bei dem eigentlich auch der Postulant selber der Auffassung ist, dass sich die Politik nicht damit befassen müssen sollte.

Dies ist der erste Grund, weshalb die SVP-Fraktion fast einstimmig ebenfalls der Auffassung ist, dass wir diesen Vorstoss nicht überweisen sollten. Der zweite Grund liegt in der einseitigen Beurteilung und Vorverurteilung von zwei Führungspersonen. Die Gründe für die Unzufriedenheit auf das Verhalten von zwei Personen zu reduzieren, greift zu kurz. Auch wenn der Fisch am Kopf zu stinken anfängt, so kommen die Schlussfolgerungen im Vorstoss einer einseitigen Vorverurteilung gleich.

Und drittens legt der Regierungsrat in seiner Antwort ausführlich dar, dass es in *letzter* Instanz Sache des Regierungsrates oder der GSI ist, entsprechende Aufsichtsfunktionen wahrzunehmen. Diese Aufgaben obliegen in erster Linie dem rechtlich zuständigen Aufsichtsgremium, dem VR. Der VR und die Leitungsgremien allerdings sind gut beraten, die Unzufriedenheiten ernst zu nehmen und im Sinne eines professionellen Qualitätsmanagements laufend auch zu überprüfen.

Die Vorschläge, die der Postulant angetönt hat, würden mir gut scheinen. Die SVP-Fraktion verzichtet aber darauf, einzelne Problematiken hier thematisieren zu wollen, und vertraut dem GSI-Direktor, der in einem bedeutend engeren als dem im Insel-Vertrag geforderten Austausch mit der Insel-Gruppe steht und entsprechend auch die Interessen der GSI und der Allgemeinheit vertritt. Wenn der Grosse Rat zum heutigen Zeitpunkt mit einem Prüfungsauftrag an die Regierung eingreifen würde, wäre dies unseres Erachtens nicht nur falsch und verfrüht, der Grosse Rat würde unprofessionell und unsachlich handeln. Aus diesen Gründen geht die SVP-Fraktion grossmehrheitlich mit der Regierung einig und lehnt das Postulat ab.

**Johann Ulrich Grädel, Schwarzenbach BE/Huttwil (EDU)**, Fraktionssprecher. Werter Grossratspräsident, werter Gesundheitsdirektor, liebe Frauen und Männer, lieber Thomas Knutti. Wir von der EDU finden dieses Postulat keine gute Idee. Dies gehört eigentlich nicht hierher. Aber ich verstehe deinen Ärger. Es wurde hier vieles schon gesagt. Es wurde auch schon gesagt: Wo Rauch ist, ist Feuer. Und in der Insel ist sicher nicht alles gut gelaufen. Das ist wohl ein Grund, weshalb dies eigentlich in die GPK gehörte.

Das Postulat wird wohl sowieso abgelehnt. Deshalb können Sie stimmen, was Sie wollen, es hat ja wohl doch keinen grossen Einfluss. (*Heiterkeit / Hilarité*) Aber ich denke, es wäre wichtig, wenn man hinschauen würde, denn das Gesundheitswesen ist für den Kanton eine wichtige Sache.

**Präsident.** Dann wünsche ich Ihnen einen guten Appetit. Wir fangen pünktlich um 13.30 Uhr wieder hier an.

*Die Sitzung endet um 11.45 Uhr. / La séance se termine à 11 heures 45.*

*Protokoll: / Procès-verbal :*

Doris Rothen (d)

Ursula Ruch (f)